

Hohenstein-Ernstthal-er Tageblatt

Anzeiger

Erscheint
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal M. 1 55
durch die Post M. 1,92 frei in's Haus.

Inserats
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Gernsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzsdorf, Wüstenbrand, Grina, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Kirchberg, Bleißa, Reichenbach, Callenberg, Trischheim, Ruzschnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 114.

Sonnabend, den 18. Mai 1907.

57. Jahrgang

Das im Grundbuche für Oberlungwitz Blatt 546 auf den Namen des Eisenhoblers **Karl Oswald Schnerr** eingetragene, in Oberlungwitz, Verchenstraße 6c gelegene Grundstück soll
am 9. Juli 1907 vormittags 10 Uhr

an der Gerichtsstelle — im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.
Das Grundstück, nach dem Flurbuche 9,8 Ar groß, und auf 13500 M. — Pf. geschätzt, besteht aus Wohnhaus mit Anbau, Hofraum, Einfahrt und Garten, ist mit 167,84 Steuereinheiten belegt und mit 11700 M. zur Grundlast eingeschätzt.
Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist Jedem gestattet.
Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 16. April 1907 verlaublichen Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.
Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
Hohenstein-Ernstthal, den 14. Mai 1907.

Königliches Amtsgericht.

Das Schulgeld für die Monate Januar bis mit März 1907 ist spätestens bis
zum 31. Mai 1907
bei Vermeidung zwangsweiser Beitreibung an die Stadtkasseneinnahme abzuführen.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 17. Mai 1907.
Dr. Polster, Bürgermeister.

Der 1. Termin Gemeindeanlagen für 1907 ist spätestens
bis 25. Mai d. J.
an die hiesige Gemeindefasse — Rathaus, links 2. Zimmer — abzuführen. Alle verbleibenden Reste werden zwangswise beigetrieben.
Oberlungwitz, am 17. Mai 1907.
Der Gemeindevorstand.
Lieberkecht.

Freibank: Verkauf von gedörrtem Kalbfleisch Pfd. 40 Pf.

Aus dem Reiche.

Ausscheiden des Prinzen Johann Georg aus dem Militärdienst.

Gerüchtwiese verlautet, Prinz Johann Georg von Sachsen werde am Geburtstage des Königs (25. Mai) aus dem Heeresverbande der sächsischen Armee ausscheiden und sich ins Privatleben zurückziehen. Den „L. N. A.“ wird hierzu aus Dresden geschrieben: Dieser Entschluß des Prinzen verdient allerseits volle Anerkennung und Würdigung. In militärischen Kreisen wird man es sehr gut verstehen, daß der Prinz, der im Range eines Generalmajors seit dem 20. September 1904 den Posten eines Kommandeurs der 1. Infanterie-Brigade Nr. 45 bekleidet, nun fast am Ende der militärischen Laufbahn nicht die Anspannung aufkommen lassen will, als beachtliche er seinen Posten zukünftig nur noch als Sinecure zu betrachten, sondern daß er gewillt ist, durch sein Ausscheiden tüchtigen militärischen Hintermännern Gelegenheit zu ihren Aufstufen zu geben. In diesem Verhalten des Prinzen spiegelt sich ein so tiefes Verständnis der Dinge wider, wie man es öfter und auch an anderen Stellen anzutreffen wünschen möchte. Außerdem wird man die Absicht des Prinzen voll und ganz billigen, fernherhin nur seinen persönlichen Neigungen zu leben. Und dieser Entschluß wird hauptsächlich die künftige literarische und wissenschaftliche Kreise mit besonderer Freude erfüllen. Betrachtete sich doch der Prinz schon von jeher als zu ihnen gehörig und widmete seine Zeit, sofern sie nicht durch militärische Obliegenheiten in Anspruch genommen war, mit Vorliebe diesen Zwecken. In Zukunft werden daher Kunst und Wissenschaft in Dresden bzw. in ganz Sachsen an dem Prinzen und seiner auch in dieser Beziehung mit ihm vollkommen harmonisierenden Gemahlin einen starken Schirmherrn besitzen; bringen beide dafür doch nicht allein eine besondere Liebe, und bemerkenswertes Verständnis, sondern auch weit reichere Mittel, als sonst ein Privatmann, mit.

Zu den sächsischen Landtagswahlen.

Die „vereinigten Ordnungsparteien“ im 16. sächsischen Wahlkreise (Werdau-Grimmitschau) haben den Bankier Sändel in Grimmitschau als Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl aufgestellt. Der Wahlkreis war bisher durch Stadtrat Teichmann-Werdau vertreten, der aus Gesundheitsrücksichten ein Mandat nicht mehr anzunehmen gedachte.

In einer in Dresden abgehaltenen Versammlung von Vertrauensmännern der Mittelstandsvereinigung aus vier Wahlkreisen, die Stellung zu den in den betr. Bezirken erforderlichen Neuwahlen nehmen sollte, beschloß man sich auch mit der Beamtenschaft zu verständigen, welche die Angelegenheit nicht mehr viel verspricht. Es ist auch verständlich, daß England sich nicht entschließen kann, ohne weiteres von dem Vorschlage zurückzutreten, den es einmal, wie es gesehen ist, gemacht hat. Offenbar sind die Hindernisse von deutscher, aber auch von anderer Seite gekommen. Die offene Haltung Deutschlands hat schließlich auch in England, zum mindesten an vielen Stellen, gerechte Wirt.

wirtschaftlichen Notlage als berechtigt anerkennt, ist der Ansicht, daß man nur dann vom Staate verlangen kann, höhere Ausgaben zu machen, wenn man ihm auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Um den Beamten zu zeigen, daß es der Mittelstandsvereinigung Ernst ist, ihnen zu einer angemessenen Verbesserung ihrer Lage zu verhelfen, erklärt sich die heutige Vertrauensmänner-Versammlung bereit, den Hauptvorstand der Mittelstands-Vereinigung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die in der Mittelstandsvereinigung zusammengeflohenen großen Berufsrichtungen, die unter dem jähigen Steuerdruck am meisten zu leiden haben, sich an der Abtattung behufs Ermäßigung des Steuerzins um 25 Prozent nicht beteiligen, damit Parteien und Regierung der Einwand genommen wird, man könne mit Rücksicht auf die mittelständigen Steuerzahler in Stadt und Land die Beamtenforderungen nur in ganz bescheidenem Maße befriedigen. Die Erklärung schließt mit der Hoffnung, daß die Beamtenschaft im ganzen Lande nach dem Grundsatze handeln werde: Treue im Treue!

Wem galt der Schuß?

Erst jetzt wird bekannt, daß auf ein von Wiesbaden nach Frankfurt fahrendes Automobil zwischen Ehrenheim und Fattersheim ein Attentat verübt worden ist. Es ist auf das Automobil geschossen worden. Der Schuß ging durch das eine Fenster an den Köpfen der Insassen vorbei und drang durch das andere Fenster durch. Die Insassen wurden nicht verletzt; doch macht die Affäre um deswillen Aufsehen, weil 10 Minuten später das Automobil des Kaisers die Straße passierte. Der Frankfurter Automobilklub hat 100 M für die Ermittlung des Täters ausgesetzt.

Zur Regentenwahl in Braunschweig.

Einem Vertreter der „Braunschw. N. A.“ ist von einer dem Herzog Johann Albrecht nahestehenden Seite erklärt worden, daß alle dessen Wahl entgegenstehenden sächlichen Schwierigkeiten beseitigt sind. Der Regentrat hat nunmehr den Landtag zur Vornahme der Wahl eines Regenten auf Montag, den 27. Mai einberufen.

Deutschland und die Abrüstungsfrage.

Zum englischen Abrüstungsvorschlag meldet die „N. A.“ in einem offiziellen Berliner Telegramm: In der ausländischen Presse begegnen wir vielfach Erörterungen über die Frage, welche Taktik England nunmehr mit dem Abrüstungsvorschlag verfolgen werde. Es ist klar, daß Campbell-Bannerman nach der Entwicklung, welche die Angelegenheit genommen hat, sich von dem eigenen Vorschlage nicht mehr viel verspricht. Es ist auch verständlich, daß England sich nicht entschließen kann, ohne weiteres von dem Vorschlage zurückzutreten, den es einmal, wie es gesehen ist, gemacht hat. Offenbar sind die Hindernisse von deutscher, aber auch von anderer Seite gekommen. Die offene Haltung Deutschlands hat schließlich auch in England, zum mindesten an vielen Stellen, gerechte Wirt.

lungen gefunden. Nicht berechtigt ist es aber, wenn Bannerman in seiner letzten Rede ausführt, daß, wenn Deutschland nur einen einleitenden Schritt getan hätte, England ihm freundschaftlich hohe jeden Hintergedanken entgegenkommen sein würde. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß England auf russische Einladung, die unter Beifügung eines Programms erfolgte, mit einer Ausnahme, aber zugleich mit Aufstellung eines Nebenprogramms antwortete. Man kann nicht ersehen, wie Deutschland, nachdem England sein Vorgehen eingeleitet hatte, ihm seinerseits durch einleitende Schritte hätte entgegenkommen können. Das wäre nur möglich gewesen, wenn England nach Berlin von seinen Absichten Kenntnis gegeben hätte, während es in der ganzen Frage mit Petersburg verhandelte, von wo aus Mitteilungen an die deutsche Regierung gingen. Dementsprechend konnten weitere deutsche Mitteilungen nur nach Petersburg gemacht werden. Wenn nach den einleitenden Schritten Verhandlungen zwischen Deutschland und England nicht stattgefunden haben, kann man dabei Deutschland füglich keine Schuld beimesen.

Graf Posadowsky über den Arbeitermangel.

Das Londoner Blatt „Daily Mail“ berichtet über eine Unterredung, die sein Berliner Korrespondent mit dem Grafen Posadowsky gehabt hat. Graf Posadowsky hat sich danach über Deutschlands Prosperität und industrielle Verhältnisse wie folgt ausgesprochen: Deutschland hat ausgehört, ein Exporteur von Menschenmaterial zu sein, es hat sich im Gegenteil zu einem Importeur auf diesem Gebiete entwickelt, dessen Bedeutung von Tag zu Tag zunimmt. Deutschland befindet sich augenblicklich in einer derartigen Prosperität, daß die Industrie nicht nur mit einem Arbeitermangel, sondern auch mit einem Kohlenmangel zu kämpfen hat, weil es den Bechen nicht möglich ist, so viel Arbeiter zu finden, um das kolossale Bedürfnis der Industrie zu decken. Dieser Arbeitermangel hat die Fabrikanten und Landwirte gezwungen, Giftstoffe aus dem Auslande zu holen; und so ist denn auch in der letzten Zeit ein ganz enormer Import von Russen, Polen, Ungarn, Italienern und auch Engländern notwendig gewesen. Da aber diese Leute zum größten Teil dem minderwertigen Arbeiterelement ihrer Heimat entstammen, haben sie eine Arbeiterkraft von zweifelhaftem und gefährlichem Charakter in Deutschland eingeführt, die dem heimischen guten Arbeiter in keiner Weise ebenbürtig ist. Wie gefährlich dieser Menschenimport sein kann, zeigt der jüngste Fall von Posen in Mes, der direkt durch italienische Arbeiter eingeschleppt worden ist. Auch für die Landwirtschaft ist die Arbeiterfrage jetzt viel wichtiger als die Preisfrage der Produkte.

Die finanzielle Inanspruchnahme der Einzelstaaten.

Der Reichshaushaltsetat für 1907, wie er am Dienstag vom Reichstage verabschiedet ist, dürfte beinahe die Genehmigung des Bundes-

rates erhalten und danach zur Geltung gelangen. Der Präfekt für die Güte des Reichshaushaltsetats liegt in dem finanziellen Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche. Der Reichshaushaltsetat kennt bekanntlich kein Defizit, ob ein solches aber vorhanden wäre, wenn nicht die Einzelstaaten zur Deckung der durch Reichsmittel unausgeglichenen Ausgaben verpflichtet wären, darüber gibt ein Vergleich der Ueberweisungsteuern mit den Matrikularbeiträgen Aufschluß. In dem von den verbündeten Regierungen vorgelegten Etatsentwurf betrug die Summe der Matrikularbeiträge 259,4 Mill. M., die der Ueberweisungsteuern 202,4 Mill. M. Es war also eine Spannung zu ungunsten der Einzelstaaten in Höhe von 57 Mill. M. vorhanden. Die Summe der Ueberweisungsteuern ist in dem vom Reichstage genehmigten Etat nicht geändert worden, dagegen sind die Matrikularbeiträge infolge der verschiedenen Eränzungen auf 290,6 Mill. M. gestiegen. Wenn nicht die Wirklichkeit Abwechslungen gegenüber dem Etatsfall bringt, so würden demgemäß die Einzelstaaten für 1907 insgesamt rund 88 Millionen M. an das Reich zu zahlen verpflichtet sein, also um 64 Mill. M. mehr, als sie tragen zu wollen erklärt haben. Daß ein solcher Etat nicht als günstig bezeichnet werden darf, liegt klar auf der Hand.

Neue Lohnbewegung der Bergarbeiter.

In Witten haben Konferenzen von Bergarbeitervertretern des Ruhrreviers stattgefunden, die sich gegen die Aufnahme einer Lohnbewegung vor dem Herbst ausgesprochen, aber beschlossen, die drei Hauptverbände der Arbeiter des Ruhrbezirks Ende Juli nach Bochum oder Witten einzuberufen, um ein gemeinsames Vorgehen für den Herbst zu beschließen. Die Forderung soll in einer Lohnerböhung von 10 Prozent, für Ueberstunden von 30 Prozent, und in der Herabsetzung der Schichtdauer bestehen.

Der Kampf im Berliner Baugewerbe.

Für die am Pfingstsonntag einsetzende Aussperrung der Berliner Bauarbeiter sind von deren Organisationen bereits alle Vorbereitungen getroffen. So beschäftigten sich die Generalversammlungen des Zentralverbandes der Maurer und der Freien Vereinigung der Maurer mit der Aussperrungsbeschlusses der Unternehmer. Die Organisationsleitung und die Vertrauensmännerversammlung empfahlen folgenden Beschluß zur Annahme. 1) Der Aussperrungstermin ist ruhig abzuwarten. 2) Bei denjenigen Arbeitgebern, die nur einen Teil der Leute ausschließen, haben sämtliche Maurer, einschließlich der Postengestellten die Arbeit niederzulegen. 3) Bei denjenigen Unternehmern, die sich an der Aussperrung nicht beteiligen, soll solange zu den alten Bedingungen weitergearbeitet werden, bis in späteren Versammlungen andere Beschlüsse faßt werden. 4) Die weiterarbeitenden Mitglieder haben während der Aussperrung pro Tag einen Extrabeitrag von einer Mark zu entrichten. 5) Die unverheirateten Maurer haben während der Aussperrung Berlin zu verlassen.“ Der Antrag wurde angenommen.